

Di, 15. Apr. 2014
Heinsberger Zeitung / Lokaltitel Heinsberg / Seite 15

SPD will dem Lkw-Verkehr einen Riegel vorschieben

Antrag an den Rat der Stadt Heinsberg richtet sich auf eine entsprechende Sperrung der **Waldfeuchter Straße** in Kirchhoven

Heinsberg. Die Bürgerinitiative, die sich vehement für eine Lkw-freie Waldfeuchter Straße stark macht, wird es freuen. Denn sie erhält nur wenige Wochen vor der Kommunalwahl politische Unterstützung durch die Sozialdemokraten der Stadt Heinsberg.

Mit Millionen von Euro, sowohl vom Land als auch vom Kreis und mit nicht unerheblichen Stadtmitteln sei die EK 5 gebaut und an das bisherige Straßennetz angeschlos-

sen worden, erläutert die SPD in ihrem offiziell an den Rat der Stadt gestellten Antrag. Sinn dieser Maßnahme sei es doch in erster Linie gewesen, die Entlastung des Ortskerns Kirchhoven – und hier insbesondere der Waldfeuchter Straße – zu bewirken.

Keine Entlastungen

Bislang komme es aber nicht zu den erwarteten Entlastungen, so

dass sich nach wie vor der Lkw-Verkehr durch die engen Passagen des Ortskerns von Kirchhoven zwänge. „Zum Schutz der Wohnbevölkerung vor den immer noch erheblichen Auswirkungen dieser Verkehrsverhältnisse (Lärm, Schmutz, Abgase etc.) hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg nun die Sperrung der Waldfeuchter Straße für den Lkw-Verkehr, mit Ausnahme des Anliegerverkehrs, beantragt“, heißt es in der schriftli-

chen Formulierung.

„Letztlich kann ich keine Umgehungsstraße bauen und der Verkehr läuft dennoch durch den Ort. Dann hätte ich alles sparen können“, bekräftigt Dr. Hans Josef Voßenkaul, der Vorsitzende der SPD in Heinsberg, die Entscheidung. Dass eine Sperrung rechtlich eventuell nicht unproblematisch werden könnte, wie die Verwaltung unlängst in diesem Zusammenhang gegenüber unserer Zeitung

erläuterte, beeindruckt Voßenkaul nicht. „Ich glaube nicht, dass es letztlich eine Rechtsverordnung gibt, die dies unmöglich macht. Es kann eventuell sein, dass die Stadt hierfür nicht verantwortlich ist. Doch dann hat sie die Aufgabe, die Zuständigkeit zu prüfen. Unsere Position ist da jedenfalls eindeutig“, sagt Voßenkaul. In der nächsten Ratssitzung am 21. Mai soll über den Antrag der SPD entschieden werden. (her)

 DRUCKEN  SCHLIESSEN